

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und  
Tourismus | Düsternbrooker Weg 94 | 24105 Kiel

Vorsitzenden des  
Finanzausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Christian Dirschauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Vorsitzenden des  
Wirtschafts- und  
Digitalisierungsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Claus Christian Claussen, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:  
Frau Präsidentin des  
Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein  
Dr. Gaby Schäfer  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

über das  
Finanzministerium des  
Landes Schleswig-Holstein  
24105 Kiel

**Staatssekretärin**

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/4804

gesehen  
und weitergeleitet  
Kiel, den 08.05.2025  
gez. Staatssekretär Oliver Rabe

05. Mai 2025

**Übersendung des Sprechzettels bzgl. des „Aktenvorlagebegehren der SPD-Fraktion gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt“.**

**Gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses am 10. April 2025**

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

wie gewünscht übersende ich Ihnen als Anlage meinen Sprechzettel aus der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Wirtschafts- und

Digitalisierungsausschusses vom 10.04.2025 bzgl. des „Aktenvorlagebegehren der SPD-Fraktion gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt“.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Julia Carstens

**Anlagen:** Sprechzettel vom 10.04.2025

**Sprechzettel für  
Staatssekretärin Julia Carstens**

**für die Sitzung des  
Finanzausschusses (94. Sitzung) und des Wirtschafts- und  
Digitalisierungsausschusses (56. Sitzung)  
am Donnerstag, 10. April 2025, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,

***Verfahren Entstufungsanträge der FDP- und SPD-Fraktion  
[Rahmen]***

- Ich würde gerne das Verfahren erläutern, wie die Landesregierung plant, die Entstufungsanträge von SPD- und FDP-Fraktion vom 03. und 04. April umzusetzen.
- Ich möchte dazu erst einmal den Rahmen setzen, damit alle ein Verständnis entwickeln, worüber wir hier reden.
- Bezogen auf das MWVATT geht es um mindestens 147 Dokumente, die entstuft bzw. veröffentlicht werden sollen. Wenn wir uns die zu entstufenden Seitenzahlen anschauen geht es bei den VS-vertraulichen Akten um 74 Seiten, beim SPD-Antrag weiterhin um 586 Seiten und beim FDP-Antrag um 603 Seiten. Das addiert sich auf 1263 Seiten insgesamt. Da es Doppelungen in den Anträgen gibt, sind wir am Ende nach aktueller Schätzung bei 782 Seiten.
- Ich würde gern in der heutigen Sitzung auch ein gemeinsames Verständnis dafür herstellen, dass wir Dopplungen, wie eben beschrieben, haben, weil beide Fraktionen diese Dokumente zur Entstufung beantragt haben. Ich hatte in der letzten Sitzung auch darauf hingewiesen, dass es im Laufe des Verfahrens dazu kommen kann, dass sehr große Dateien entstuft werden, die teilweise z.B. mehrfach dieselbe Email oder denselben Vermerk

enthalten. Ich bitte hier um Zustimmung dazu, dass wir hier dann nur ein Dokument schwärzen und es entsprechend veröffentlichen.

- 
- Im MWVATT werden die Schwärzungen von einem Kernteam von drei Mitarbeitenden durchgeführt, das nicht einfach ohne Weiteres aufgestockt werden kann, da die Schwärzungen sauber erfolgen müssen und Kenntnisse zu NV und dem Prozess benötigt werden.
- Ich bitte um Verständnis, dass hierfür eine gewisse Zeit benötigt wird. Das Land kann es sich nicht leisten, gerade in dieser sehr sensiblen Phase des Insolvenzverfahrens Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder VS-vertrauliche Informationen durch ungenaue Arbeit offenzulegen. Ich kann ihnen aber versichern, dass die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen unter Zurückstellung anderer Arbeiten, die Schwärzungen prioritär vornehmen werden. Das sind übrigens auch die Kolleginnen und Kollegen, die auch mit dem Blick nach vorne mit dem Ansiedlungsverfahren betraut sind. In einer früheren Sitzung hatte ich schon einmal dargestellt, dass wir über einen kleinen Personenkreis sprechen, wir haben für die NV-Arbeiten kein zusätzliches Personal bekommen.
- Auch möchte ich dafür sensibilisieren, dass in den nächsten zwei Wochen Osterferien sind. In dieser Zeit wird auch Urlaub von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genommen. Das gebietet die Fürsorge. Ich gehe davon aus, dass dafür Verständnis besteht. Folge wird aber sein, dass in diesem Zeitraum nur eingeschränkt Schwärzungen vorgenommen werden können.

## **[Lösung]**

- Vor dem Hintergrund dieses Rahmens würde ich gerne darstellen, wie wir den Informationswünschen des Parlaments bestmöglich nachkommen werden.
- Ich kann leider zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Einschätzung geben, wie lang das gesamte Verfahren insgesamt dauern wird. Die Landesregierung wird schnellstmöglich die Prüfung und dann die Schwärzung vornehmen.
- Um es handhabbar zu machen, schlägt die Landesregierung vor, dass die Dokumente tranchenweise an den Landtag überstellt werden. Die erste Überstellung würde dann in der Woche nach den Osterferien erfolgen und dann in einem sinnvollen Rhythmus, wenn wir auch sehen, wie schnell das Schwärzungsteam vorankommt.
- Aufgrund des Umfangs der zu prüfenden Dokumente bieten wir den antragstellenden Fraktionen zudem an, dass die Fraktionen uns gerne eine Zusammenstellung der Dokumente übersenden können, die aus Ihrer Sicht priorisiert werden, also zuerst entstuft werden sollten. Die Landesregierung würde diese Liste dann entsprechend abarbeiten und dann die weiteren Dokumente bearbeiten. So unser Vorschlag zu diesem Themenkomplex.
- Ich würde jetzt gerne noch ein paar Einzelthemen ansprechen. So braucht die Landesregierung bei einzelnen Dokumenten noch eine Klarstellung, welche Dokumente genau gemeint sind. Das würden wir auf Arbeitsebene mit der jeweils antragstellenden Fraktion

direkt klären, damit es da zu keinen Missverständnissen kommt. In Teilen läuft das auch bereits.

***[Schwärzungen, Erwartungshaltung SPD]***

- Die SPD-Fraktion hatte noch verschiedene Punkte zum Thema Schwärzungen aufgeworfen.
- Bei den Begründungen für die Schwärzungen würde die Landesregierung jetzt wie folgt vorgehen. Wir würden weiterhin auf Dokumentenebene jeweils darstellen, aus welchen Gründen Schwärzungen vorgenommen wurden. Das sehen Sie auch im Umdruck zu den letzten öffentlich gestellten Dokumenten.
- Um aber eine noch bessere Nachvollziehbarkeit herzustellen, würde die Landesregierung jetzt aber, wie schon bei der vorgelegten KV 219(neu), farbig sortiert nach Kategorien schwärzen. Damit ist erkennbar, dass die eine Textstelle wegen Betriebs- und Geschäftsgeheimnis und die andere beispielsweise wegen personenbezogener Daten überdeckt wurde.
- Damit kommen wir dem Informationsinteresse der SPD-Fraktion entgegen. Ich erlaube mir aber hervorzuheben, dass wir hier eine besondere Situation vorliegen haben.
- Der klassische Fall wäre, dass ein Dokument mit Schwärzungen vorgelegt wird und dann nicht erkennbar ist, welcher konkrete Text sich hinter der Schwärzung verbirgt. Das bedingt dann ein höheres Begründungserfordernis. Bei diesem Akteneinsichtsbegehren ist die Situation eine andere. In diesem Fall liegen den Abgeordneten fast alle Akten ungeschwärzt vor. Es ist also für das Parlament direkt nachvollziehbar, was im Einzelnen aus welchen Gründen

geschwärzt wurde. Den Wunsch der letzten Woche aufgreifend würden wir aber trotzdem die jeweiligen farbigen Schwärzungen vornehmen.

- Falls gesonderte Überprüfungen einzelner Schwärzungen gewünscht sind, so sollten diese am konkreten Einzelfall erfolgen. Die Landesregierung würde dann die Schwärzung konkreter begründen oder gegebenenfalls auch die Schwärzung zurücknehmen.
- Auch hatte die SPD-Fraktion nach der Schwärzung von Mitarbeiternamen und Laufzeichen bei den auf öffentlich entstuften Dokumenten gefragt. Die Landesregierung hält hier an ihrer Abwägung fest und wertet den Schutz personenbezogener Daten höher als ein mögliches Informationsinteresse von jedermann.
- Auch hier sei erneut darauf verwiesen, dass den Fraktionen alle Unterlagen ungeschwärzt vorliegen und die Abgeordneten die Möglichkeit haben, alle Dokumente den Verfassern zuzuordnen.
- Die Landesregierung wird nochmals ihre Abwägung in einem Schreiben darlegen. In diesem Schreiben würde dann auch noch einmal erläutert werden, warum auch in einem Insolvenzverfahren Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse weiterhin zu schützen sind. Das war ja auch eine Frage, zu der ich in der letzten Sitzung bereits mündlich ausgeführt hatte.
- Ich erinnere daran, dass der Schutz von Unternehmen sehr weitgehend ist und nicht im Falle einer Insolvenz endet. Die Unternehmensgeheimnisse sind auch bei der Sanierung oder beim Verkauf bzw. Teilverkauf für das Unternehmen von Bedeutung und dürfen nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

### ***[VS-vertraulich Akte, Jour-Fixe-Protokolle, Fach 17]***

- Dann wurde noch in der letzten Sitzung angesprochen, dass in der VS-vertraulich Akte des Wirtschaftsministeriums das Fach 17 zu den Jour-Fixe-Protokollen leer sei.
- Diesen Sachverhalt haben wir geprüft. Aufgrund der zeitlichen Hektik zum Schluss sind die Unterlagen in den Fächern 15 bis 17 etwas durcheinander geraten. Der Fehler wurde bereits behoben und die entsprechenden Protokolle über die Geheimschutzbeauftragten in das Fach 17 richtig einsortiert.
- Im Zusammenhang mit dieser Überprüfung hat sich zudem ergeben, dass noch zwei weitere Jour-Fixe-Protokolle des Wirtschaftsministeriums nachgereicht werden müssen. Diese Protokolle würden dann im Nachgang zu dieser Sitzung auf die Rechner aufgespielt werden. Auf Arbeitsebene würde dann über den Vollzug informiert werden.
- Der Abg. Buchholz hatte in der letzten Sitzung angesprochen, dass von einigen Wochen JF-Protokolle fehlen würden. Zu Zweien habe ich gerade schon etwas gesagt, der Rest ist vollständig, sofern es Protokolle gibt. Einerseits haben an verschiedenen Terminen keine Jour-Fixe stattgefunden. Dies erklärt sich durch Feiertage, Ferien oder Urlaub von handelnden Akteuren. Andererseits fanden zwar Telkos/Vikos mit dem BMWK statt, es wurden aber teilweise keine Protokolle darüber gefertigt. Vor dem Hintergrund, dass keine explizite Vorgabe bestand, ein Protokoll über die Sitzungen zu führen, wurde in Einzelfällen darauf verzichtet. Dies hing in Teilen auch mit Vertretungssituationen zusammen.

- 

***[Offene Fragen zu Wandelanleihe und TCTF vom 27. März]***

- Am Ende will ich noch informieren, dass auf die Ausschüsse auch ein vertrauliches Schreiben zu läuft, welches offene Fragen aus den letzten Ausschüssen zu den Themen Wandelanleihe und TCTF beleuchtet. Auch dieses Schreiben müsste in näherer Zeit die Ausschüsse erreichen.